Leitantrag „Pflege geht uns alle an!“

Pflege stärken – Menschen würdig versorgen, Angehörige entlasten

Pflege ist eine zentrale Säule unserer Gesundheits- und Daseinsvorsorge. Sie entscheidet über Würde, Sicherheit, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Gute Pflege braucht für alle Menschen ausreichend qualifizierte Pflegekräfte, starke und unterstützte Angehörige sowie verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Optimale Versorgung gelingt durch interprofessionelle Zusammenarbeit von Ärztinnen/ Ärzten, Pflegekräften und Therapeutinnen/ Therapeuten. Ob im Krankenhaus, in stationären Einrichtungen, in Wohngruppen, Wohnprojekten, im eigenen zuhause, in der Tagespflege oder in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Tagesförderstätten, Schule oder KiTa: Pflege muss sich am Menschen orientieren. Wirtschaftlicher Druck darf nicht dazu führen, dass Zeit für Zuwendung, Teilhabe, gute und patientensichere Versorgung fehlt oder es zu Heimschließungen kommt.

Der Pflegesektor steht vor großen Herausforderungen. Altersdiskriminierung, Fachkräftemangel, Arbeitsverdichtung, steigende Pflegebedarfe und die Belastung pflegender Angehöriger gefährden zunehmend die Versorgungssicherheit. Gleichzeitig bestehen bereits zahlreiche Maßnahmen und Strukturen auf Landesebene. Wir wollen diese konsequent umsetzen, weiterentwickeln und dort ergänzen, wo Versorgungslücken bestehen.

Unser Ziel ist eine Pflege, die wohnortnah, inklusiv, fachlich hochwertig, verlässlich, wertschätzend und menschlich ist.

Unsere 10 Kernforderungen

<u>1. Pflegeberufe stärken und Personalbedarf ernst nehmen</u>

Pflegefachkräfte leisten hochqualifizierte und verantwortungsvolle Arbeit. Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung, verlässliche Dienstpläne und echte Mitsprache.

Wir fordern:

- eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Personalbemessung,
- verlässliche Dienstpläne und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- Gesundheits- und Arbeitsschutz,
- ausreichend refinanzierte Praxisanleitung und Mentoring,

- bessere Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten,
- regionale und betriebliche Springerpools,
- bessere Rahmenbedingungen zur Gewinnung und Bindung von Pflegefachkräften.

Die vorhandenen Personalbemessungsverfahren müssen regelmäßig daraufhin überprüft werden, ob sie den tatsächlichen Pflegebedarf abbilden. Pflegequalität und Patientensicherheit müssen Vorrang vor rein wirtschaftlichen Interessen haben.

2. Pflegefachliche Kompetenz stärken

Pflege ist ein eigenständiger Gesundheitsfachberuf. Pflegefachkräfte verfügen über spezifische Kompetenzen, die stärker genutzt und anerkannt werden müssen.

Wir wollen deshalb:

- Spezialisierungen beispielsweise in Wundversorgung, Demenz, Pädiatrie, Palliativpflege, Schmerzmanagement, außerklinischer Intensivpflege und Ernährung fördern,
- pflegefachliche Expertinnen und Experten in Einrichtungen stärken,
- Weiterbildungen und die dafür erforderlichen Freistellungszeiten angemessen refinanzieren,
- Wissen und Expertise innerhalb der Pflegeteams systematisch weitergeben,
- Pflegefachkräften innerhalb ihrer Qualifikation mehr eigenständiges Handeln ermöglichen.

Nicht jede Pflegefachkraft muss alles können – aber die notwendige Expertise muss im Team vorhanden und erreichbar sein.

3. Bürokratie wirklich reduzieren – mit SIS statt zusätzlicher Dokumentation

Pflege braucht Dokumentation. Sie dient der Qualität, Sicherheit und rechtlichen Absicherung. Das Ziel kann daher nicht sein, Dokumentation einfach abzuschaffen.

Wir wollen vielmehr unnötige Doppel- und Mehrfachdokumentation vermeiden.

Das bereits etablierte Strukturmodell mit der Strukturierten Informationssammlung (SIS) bietet hierfür einen wichtigen Ansatz. Es soll konsequent genutzt und weiterentwickelt werden. Datensicher sollen Mediziner teilhaben, Patientinnen und Patienten sowie Angehörige mit ihrem Informationsrecht berücksichtigt werden.

Digitalisierung muss Pflegekräfte tatsächlich entlasten. Sprachbasierte Dokumentation, digitale Übergaben und praxistaugliche Anwendungen können dazu beitragen.

Unser Grundsatz lautet:

So viel Dokumentation wie nötig, so wenig Bürokratie wie möglich.

Neue Vorgaben müssen deshalb darauf geprüft werden, ob sie tatsächlich einen zusätzlichen Nutzen für Pflegequalität und Patientensicherheit bringen.

4. Pflege gesellschaftlich anerkennen und sichtbar machen

Pflege ist kein „Hilfsberuf“, sondern ein hochqualifizierter Gesundheitsberuf mit hoher fachlicher Verantwortung.

Wir wollen das gesellschaftliche Bild der Pflege verändern.

Schleswig-Holstein soll deshalb:

- Pflege stärker in Berufsorientierung und Gesundheitsbildung an Schulen einbinden,
- Pflegefachkräfte als Botschafterinnen und Botschafter für den Beruf unterstützen,
- Karriere-, Studien- und Spezialisierungsmöglichkeiten sichtbarer machen,
- Kooperationen zwischen Schulen, Pflegeschulen, Hochschulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fördern,
- herausragende Pflegeprojekte öffentlich würdigen.

Wertschätzung muss sich in guten Arbeitsbedingungen, angemessener Bezahlung, fachlicher Verantwortung und echter Mitsprache zeigen.

5. Pflegende Angehörige entlasten und besser absichern

Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der häuslichen Pflege. Sie übernehmen häufig über Jahre erhebliche Verantwortung und entlasten damit professionelle Strukturen.

Wir fordern:

- Einbindung von Arbeitgebern als wichtige Partner bei der Unterstützung pflegender Angehöriger,
- verständliche und niedrigschwellige Beratung,

- reduzierte und möglichst digitale Antragsverfahren, die schnellstmöglich bearbeitet werden,
- bessere Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie,
- wohnortnahe Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege,
- kostenfreie Schulungs- und Unterstützungsangebote,
- psychosoziale Unterstützung und Prävention,
- bessere Notfall- und Vertretungsstrukturen,
- feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei komplexen Pflegesituationen.

Pflege- und Teilhabelotsen sollten z.B. unter Einbeziehung von bestehenden Pflegestützpunkten und Verfahrenslotsen entwickelt und miteinander vernetzt werden.

Langfristig setzen wir uns auf Bundesebene für eine bessere soziale Absicherung pflegender Angehöriger ein, insbesondere durch bessere Freistellungsmöglichkeiten, eine gerechtere rentenrechtliche Anerkennung und perspektivisch eine Lohnersatzleistung bei längeren Pflegezeiten.

6. Familien mit pflegebedürftigen Kindern verstärkt unterstützen

Familien mit pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen stehen vor besonderen Herausforderungen. Pflege, Schule, Kita, Therapien, medizinische Versorgung und unterschiedliche Leistungssysteme müssen aufeinander bezogen angepasst werden.

Wir fordern:

- spezialisierte Pflegelotsen für Familien mit pflegebedürftigen Kindern,
- entsprechend qualifizierte und ausgestattete Pflegestützpunkte,
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Kurzzeitpflege für Kinder und Jugendliche,
- eine bessere Versorgung mit außerklinischer Kinderintensivpflege,
- verlässliche medizinisch-pflegerische Unterstützung in Kita und Schule,
- klare Zuständigkeiten zwischen Schule, Krankenkassen, Pflege, Eingliederungshilfe und Jugendhilfe,
- landesweit praxistaugliche und rechtssichere Regelungen für Medikamentengabe und medizinische Maßnahmen, auch in Kita und Schule,

- bedarfsgerecht qualifizierte Unterstützungskräfte.

Schulgesundheitsfachkräfte sollen insbesondere dort gefördert werden, wo ein erhöhter medizinischer und pflegerischer Unterstützungsbedarf besteht.

7. Pflege und Inklusion zusammen denken

Pflegebedürftigkeit darf nicht zu weniger Selbstbestimmung und Teilhabe führen.

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.

Dazu gehören:

- selbstbestimmtes Leben unabhängig vom Pflegebedarf,
- Wahlfreiheit der Wohn- und Unterstützungsform,
- eine bessere Verzahnung von Pflege und Eingliederungshilfe,
- personenzentrierte statt einrichtungsbezogener Leistungen,
- barrierefreie Gesundheits- und Pflegeangebote,
- besondere Unterstützung für Menschen mit komplexen Behinderungen,
- mehr barrierefreie Kurzzeitpflege,
- mehr inklusive und barrierefreie Wohnangebote.

Bei landespolitischen Maßnahmen und Förderprogrammen sollen die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen systematisch berücksichtigt werden.

8. Ambulante und wohnortnahe Pflege sichern

Eine gestärkte und gut ausgebaute Altersmedizin kann Pflegebedürftigkeit verhindern bzw. hinauszögern. Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür braucht es eine leistungsfähige ambulante und teilstationäre Versorgung.

Wir fordern:

- Stärkung und Ausbau der Geriatrie, verpflichtende Elemente von Altersmedizin in Ausbildung und Studium,
- die Sicherung einer wohnortnahen ambulanten Pflege, auch in den eigenen vier Wänden,
- besondere Unterstützung ländlicher Regionen,

- den Ausbau von Gemeindepflege, Wohnprojekten und quartiersbezogenen Angeboten,
- Unterstützung kleiner ambulanter Pflegedienste in Regionen mit Versorgungslücken,
- den Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege,
- regionale Pflegekonferenzen und eine bessere Versorgungsplanung,
- eine sinnvolle Digitalisierung.

„Ambulant vor stationär“ darf dabei keine starre Vorgabe sein. Entscheidend sind der Wille und der individuelle Bedarf des Menschen.

9. Demenz und Pflege im Alter menschlich gestalten

Menschen mit Demenz und ältere Menschen haben Anspruch auf Selbstbestimmung, Respekt und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wollen:

- interprofessionelle Zusammenarbeit als Grund lage für Patientenwohl und -sicherheit,
- Kommunikation auf Augenhöhe und keinerlei Altersdiskriminierung,
- wohnortnahe Demenzberatung und regionale Demenznetzwerke stärken,
- demenzfreundliche Kommunen fördern,
- Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege ausbauen,
- Fachpersonal entsprechend qualifizieren,
- soziale Teilhabe ermöglichen,
- geriatrische Kompetenz in Pflege und Gesundheitsversorgung stärken.

In stationären Einrichtungen müssen Würde, Selbstbestimmung und der eigene Lebensrhythmus stärker berücksichtigt werden. Aufstehzeiten, Mahlzeiten, Freizeit und soziale Kontakte sollen soweit möglich an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet werden.

Wir setzen uns außerdem für moderne, barrierefreie Pflegeeinrichtungen, alternative Wohnformen und eine stärkere Einbindung von Pflegeeinrichtungen in das Gemeinwesen ein.

10. Pflege vorausschauend planen und bestehende Landesmaßnahmen umsetzen

Schleswig-Holstein verfügt bereits über zahlreiche Maßnahmen und Strukturen zur Weiterentwicklung der Pflege. Wir wollen kein paralleles Pflegesystem und kein zusätzliches Berichtswesen schaffen.

Stattdessen sollen bestehende Daten- und Monitoringsysteme genutzt und weiterentwickelt werden, um frühzeitig zu erkennen:

- wo Pflegekräfte fehlen,
- wo ambulante oder stationäre Angebote fehlen,
- wo Kurzzeit- oder Tagespflege benötigt wird,
- wie sich die Zahl der Pflegebedürftigen entwickelt,
- welche Unterstützung pflegende Angehörige benötigen,
- wo besondere Bedarfe von Kindern und Menschen mit Behinderungen bestehen.

Die vorhandenen Instrumente zur Pflegebedarfsplanung und zum Pflegemonitoring sollen deshalb konsequent genutzt werden.

Landespolitik muss wissen, wo Pflege gebraucht wird, bevor Versorgungslücken entstehen.

Unsere Prioritäten

Kurzfristig

1. SIS und Strukturmodell konsequent nutzen und unnötige Doppeldokumentation abbauen.
2. Stärkung und Ausbau der Geriatrie.
3. Bestehende Pflegestützpunkte stärker zu Pflege- und Teilhabe-Lotsen entwickeln.
4. Einheitliche Regelungen für medizinisch-pflegerische Unterstützung in Kita und Schule verbessern.
5. Bestehende Maßnahmen zur Entbürokratisierung konsequent umsetzen.
6. Personalbemessung und tatsächlichen Pflegebedarf regelmäßig überprüfen.
7. Pflegefachliche Expertise und Spezialisierungen stärken.

Mittelfristig

7. Pflegelotsen für Familien mit pflegebedürftigen Kindern aufbauen.
8. Schulgesundheitsfachkräfte bedarfsgerecht fördern.
9. Springerpools und Ausfallkonzepte stärken.
10. Demenznetzwerke und wohnortnahe Beratung ausbauen.
11. Ambulante Versorgung im ländlichen Raum sichern.
12. Pflege stärker in Berufsorientierung und Gesundheitsbildung verankern.
13. Internationale Pflegefachkräfte schneller integrieren.

Langfristig

14. Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege bedarfsgerecht ausbauen.
15. Barrierefreie und inklusive Wohnangebote fördern.
16. Alternative Wohnformen und Quartiersversorgung ausbauen.
17. Pflegeeinrichtungen modernisieren und nachhaltig finanzieren.
18. Versorgung von Menschen mit komplexen Behinderungen weiterentwickeln.
19. Nachhaltige Rahmenbedingungen für Gewinnung und Bindung von Pflegefachkräften schaffen.

Fazit

Pflege ist keine reine Kostenfrage. Sie ist eine Frage von Würde, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung.

Pflegebedürftige Menschen müssen selbstbestimmt leben können. Menschen mit Behinderungen dürfen durch Pflege nicht von Teilhabe ausgeschlossen werden. Kinder mit Pflegebedarf müssen selbstverständlich Kita und Schule besuchen können. Pflegende Angehörige brauchen echte Entlastung und soziale Absicherung. Pflegekräfte brauchen Zeit für Menschen, gute Arbeitsbedingungen und Anerkennung ihrer Fachkompetenz.

Wir wollen die bestehenden Maßnahmen des Landes konsequent umsetzen und dort weitergehen, wo neue Herausforderungen und Versorgungslücken bestehen.

Unser Ziel ist eine Pflege, die wohnortnah, leistbar, inklusiv, fachlich hochwertig, verlässlich, wertschätzend und menschlich ist.

Pflege verdient nicht nur Dank. Pflege verdient die politischen, finanziellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihrer Bedeutung entsprechen.